
Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen

Rezension von: Günther Chaloupek, Peter Rosner, Dieter Stiefel, Reformismus und Gewerkschaftspolitik. Grundlagen für die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften (=Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen, Bd. 1), Leykam Buchverlag, Graz 2006; 96 Seiten, € 14,90; Günther Chaloupek, Harald Hagemann, Andreas Resch, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit. Otto Bauers Theorie der Rationalisierung im Kontext der Zeit (=Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen, Bd. 2), Leykam Buchverlag, Graz 2009, 125 Seiten, € 14,90.

Die Österreichische Schule der Nationalökonomie zählt zu den bedeutenden ökonomischen Denkrichtungen der Wirtschaftswissenschaften. Sie hat ein geschlossenes Theoriegebäude entwickelt, das in den 1920er- und 30er-Jahren zum ökonomischen *Mainstream* zählte. Durch Ludwig von Mises und insbesondere Friedrich von Hayek wirkte diese Schule bis weit in das vergangene Jahrhundert hinein. Dabei ging es Letztgenanntem besonders nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur – sogar weniger – um Ökonomie als vielmehr um Politik; stark verkürzt um die Alternative Freiheit oder Sozialismus.

An der Österreichischen Schule reiben sich bis heute die Ökonomen und Politiker. So wie sich andersdenkende Ökonomen in den Zwischenkriegsjahren an der Österreichischen Schule abarbeiteten – und diese sich an ihnen –, steckt bis heute bei den Vertretern abweichender Wirtschaftstheorie- und Politik der Stachel, dass ihre

ökonomischen Theoretiker nicht ausreichend wahrgenommen werden.

So ist wohl der einführende Hinweis von Chaloupek zu deuten, dass die Österreichische Schule „wieder zitiert“ werde, und „man beruft sich auf sie“. Gleichzeitig stelle man sich jedoch die Frage, welche „alternativen Theorieansätze“ es dazu in der Zwischenkriegszeit in Österreich gab.

Hier kommen nun jene vom *Mainstream* abweichenden Wirtschaftspolitiker und -theoretiker ins Spiel, denen die österreichischen Arbeiterkammern (AK) mit ihrer Dachorganisation in Wien ab dem Jahr 1920 eine intellektuelle Plattform boten. Mit dem wissenschaftlichen Wirken von vier ihrer bedeutendsten Vertreter – Karl Renner, Benedikt Kautsky, Otto Bauer und Emil Lederer – befassen sich die Aufsätze in den ersten beiden Bänden der Reihe „Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“. Dabei scheint diese zeitliche Beschränkung auf einen relativ kurzen Zeitraum einerseits notwendig, um das Arbeitsgebiet noch handhabbar zu machen. Andererseits wird dadurch zwangsweise an einigen Stellen die Diskussion von Fernwirkungen ausgeblendet, die für eine vertiefte Untersuchung wünschenswert gewesen wäre.

Ergänzt werden die jeweils zwei biografisch-dogmenhistorischen Beiträge pro Band durch eine wirtschaftsgeschichtliche Analyse der „Arbeitsmarktentwicklung in Österreich in der Zwischenkriegszeit“ sowie über „Konjunkturelle Rahmenbedingungen, investitionshemmende Politik und Arbeitslosigkeit zwischen den Weltkriegen“. Gegen diese tatsächlich abgelaufenen wirtschaftlichen Entwicklungen werden die wirtschaftspolitischen und -theoretischen Ansätze gespiegelt und gleichsam einem Realitätstest unterzogen.

Dabei zeigt sich, dass die Konzepte von Renner, Bauer, Kautsky und Lederer nicht immer auf den richtigen realwirtschaftlichen Annahmen beruhten, was ihren und damit ihr Erklärungsgehalt für die Wirtschaftspraxis einschränkte. Freilich schmälert dies weder den Wert ihrer Arbeiten noch den der vorliegenden Bände oder gar den des gesamten Forschungsprojektes. Die damalige Datengrundlage war sicherlich nicht so umfassend, wie sie heute aus der Rückschau zur Verfügung steht. Die Ökonomen argumentierten auf der Grundlage einer bestimmten, durch die Marx'sche Ökonomie geprägten Werthaltung. Die Annahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie hinsichtlich einer beispielsweise vollständigen Markttransparenz oder einer friktions- und kostenlosen Faktorsubstitution zwischen Kapital und Arbeit können keineswegs einen höheren Realitätsgehalt für sich in Anspruch nehmen.

Im Gegenteil weist etwa Rosner in seinem Beitrag über Renner darauf hin, dass dessen Ideen von der Regulierbarkeit wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse noch für viele Jahrzehnte nach 1945 für die Politik der österreichischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bestimmend waren. Sie verloren erst mit der Integration Österreichs in die internationale Arbeitsteilung an Bedeutung, und wichtige Anliegen Renners, wie die Organisation des Sozialsystems durch den Staat sowie das Angebot öffentlicher Güter, sind bis heute geblieben.

Überhaupt lag allen vier in den beiden Bänden behandelten Ökonomen viel an der praktischen Umsetzbarkeit ihrer Überlegungen. Dies betont auch Chaloupek in seinem Aufsatz über Benedikt Kautsky. Dieser unterstützte nach der Währungsstabilisie-

rung in Österreich eine Strategie der industriellen Entwicklung an Stelle einer Politik, die den – im europäischen Maßstab relativ kleinen – Finanzplatz Wien zu erhalten versuchte und die, so Chaloupek, in dem Zusammenbruch der beiden Großbanken Bodencreditanstalt und Creditanstalt auch ihre Bestätigung finden sollte.

Auch zitiert Chaloupek im Zusammenhang mit den zahlreichen österreichischen Bankskandalen der Zwischenkriegszeit einen Hinweis Kautskys aus dem Jahr 1927, der gerade nach der heutigen Finanzmarktkrise hochaktuell ist: „Geht das Geschäft gut oder handelt es sich gar um Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, mischt sich der Staat nicht ein. [...] Geht aber das Geschäft schlecht [...; meine Auslassung], so werden alle öffentlichen Stellen in Bewegung gesetzt und Hunderte von Millionen geopfert.“ Kautsky hatte damit nichts anderes als das wohlbekannte Phänomen der Privatisierung von Gewinnen und der Sozialisierung von Verlusten thematisiert.

In seinen ordnungspolitischen Vorstellungen ging es Kautsky weniger um die alsbaldige Überwindung des Kapitalismus und die Ersetzung dieses Systems durch ein sozialistisches. Vielmehr war es Chaloupek zufolge Kautskys Ziel, das von Fritz Naphtali beim ADGB in Deutschland entwickelte Konzept der Wirtschaftsdemokratie in Österreich umzusetzen. Wenngleich Kautsky dieses Ziel für die Zwischenkriegszeit vergeblich anstrebte, so hatte er auf dieser Basis doch bereits Ende der 1920er-Jahre eine sehr genaue und differenzierte Vorstellung davon, was im heutigen Österreich die Sozialpartnerschaft ausmacht.

Interessant wäre es gewesen, an dieser Stelle mehr über den intellektuellen

Weg Kautskys in der Zweiten Österreichischen Republik zu erfahren. Dort war er – neben einer wissenschaftlichen Laufbahn und der erneuten Arbeit für die Arbeiterkammer – unter anderem als stellvertretender Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein tätig und einer der maßgeblichen Verfasser des Parteiprogramms der SPÖ im Jahr 1958. Aufgrund der zeitlichen Eingrenzung der Bände auf die Zwischenkriegszeit muss der Leser sich diese Entwicklungen allerdings in anderen Quellen erschließen.

Das zentrale Merkmal der österreichischen – und nach der Weltwirtschaftskrise weltweiten – Wirtschaftsentwicklung war die Massenarbeitslosigkeit. Mit diesem Phänomen setzten sich in besonderer Intensität der Politiker und Ökonom Otto Bauer sowie der Wirtschaftswissenschaftler Emil Lederer auseinander und verbanden es beide mit der Rationalisierung bzw. dem arbeitsparenden technischen Fortschritt als Erklärungsmuster. Während Chaloupek die Position Bauers im Wesentlichen aus dem als ersten Band eines mehrteiligen Werkes angelegten Buch „Rationalisierung – Fehlrationalisierung“ herleitet, setzt sich Hagemanns Lederer-Beitrag intensiv mit dessen ökonomischem Hauptwerk „Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit“ auseinander.

Bauer war, das wird in Chaloupeks Darstellung deutlich, noch weit stärker in Erklärungsmustern der Marx'schen Theorie verhaftet als Lederer. In Bauers Analyse entsteht die rationalisierungsbedingte Arbeitslosigkeit als Ergebnis beschleunigter technischer und betriebsorganisatorischer Fortschritte. Dabei kommt es zu einem Nettoverlust an Arbeitsplätzen, weil es mehr Zeit benötigt, neue Arbeitsplätze zu schaffen, als bestehende wegzuratio-

nalisieren. Chaloupek weist darauf hin, dass dies letztlich eine Form der „frikzionellen“ Arbeitslosigkeit ist und Bauer die Gründe dafür zunächst offen lässt, da er sich nicht zwischen Unterkonsumtionstheorie und der Theorie der steigenden Zusammensetzung des Kapitals entscheiden konnte. Erst in seiner späteren Schrift „Zwischen zwei Weltkriegen?“ vertrat Bauer die letztgenannte als orthodox-marxistische Erklärung, womit er, so Chaloupek, den damals „neuen keynesianischen Krisentherapien“, die an der Nachfrageseite ansetzten, verschloss.

Anders als Bauer in „Rationalisierung – Fehlrationalisierung“ legt sich Lederer in seinem ebenfalls 1931 erschienenen Buch „Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit“ (TFuA) auf die steigende organische Kapitalzusammensetzung als Krisenursache fest und analysiert detailliert, unter welchen Voraussetzungen der technische Fortschritt zu struktureller Arbeitslosigkeit führt. Damit bewegt er sich zwar auf klarer Marx'scher Argumentationslinie, doch zeichnet Hagemann in seinem Artikel über Lederer das Bild eines Wissenschaftlers, der auch konträre Meinungen aufnimmt und zu Wort kommen lässt. Als Beispiel dafür steht der Aufsatz „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“, den Ludwig von Mises 1920 in dem von Lederer herausgegebenen Archiv für Staats- und Sozialwissenschaften veröffentlichten konnte.

Hagemann analysiert Lederers Untersuchung der strukturellen Arbeitslosigkeit in einem breiten biografisch fundierten und dogmenhistorischen Kontext. Er legt dabei die fehlerhaften wie auch die zutreffenden Bestandteile der Überlegungen Lederers offen. So habe dieser zum Beispiel im Gegensatz zu anderen Reformökono-

men, wie Gerhard Colm oder Jacob Marschak, nicht erkannt, dass vor der Weltwirtschaftskrise durchaus Kapitalmangelarbeitslosigkeit geherrscht habe. Gleichzeitig hebt er nach wie vor gültige Aussagen Lederers deutlich hervor, wie zum Beispiel dessen in TFuA getroffene zentrale Feststellung, „je größer die Wunder der Rationalisierung, um so sinnloser die Behauptung, dass der technische Fortschritt eine Funktion der Lohnhöhe sei“, oder die Einsicht Lederers, „man können *immer* [Herv. im Orig.], wenn Arbeitslosigkeit herrscht, durch Herabsetzung der Löhne das Gleichgewicht wiederherstellen, gehört in die Rumpelkammer der Theorie“.

Der Begriff der technologischen Arbeitslosigkeit Lederers wird von Hagemann allerdings deutlich kritisiert. Nach Lederer ist derjenige Teil der Arbeitslosigkeit die technologische Arbeitslosigkeit, der entsteht, wenn das Tempo des technischen Fortschritts „das ‚normale‘ Tempo übersteigt“. Den Realitätstest besteht diese Definition von technologischer Arbeitslosigkeit nicht. Hagemann weist darauf hin, dass danach „seit Mitte der 1970er-Jahre weder in Deutschland noch in anderen Ländern“ technologische Arbeitslosigkeit aufgetreten sein dürfte. Die heftige Kritik unter anderem von Nicolas Kaldor, aber auch die neuen Erfahrungen nach seiner Emigration in die USA im Jahr 1933 und Schumpeters Innovationstheorie führten dazu, dass Lederer in der zweiten, 1938 im Auftrag der Internationalen Arbeitsagentur erstellten Auflage seines TFuA kompensatorische Effekte, beispielsweise durch Produktinnovationen, stärker betonte. Gleichwohl,

so das Resümee Hagemanns, „sollte nicht übersehen werden, dass Lederer auch bereits zuvor eine differenzierte Sichtweise gegenüber den Wirkungen des technischen Fortschritts hatte und [...] auch die Möglichkeiten betonte, die der technische Fortschritt hinsichtlich eines starken Anstiegs der Produktion, wachsender Realeinkommen der Massen sowie selbst steigender Beschäftigung bietet“.

Damit wird noch einmal das Verdienst dieser Reihe „Ökonomik der Arbeiterbewegung“ deutlich. Sie ruft Schriften wichtiger heterodoxer Ökonomen des frühen 20. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für das damalige ökonomische Denken in Erinnerung und unterstreicht dabei zugleich die Zeitgebundenheit ihrer Arbeiten. Die vier vorgestellten Ökonomen waren allesamt mehr Wirtschaftspolitiker denn -theoretiker. Für die Erklärung aktueller Krisen oder eine moderne Wirtschaftspolitik bieten die wissenschaftlichen Ansätze der damaligen Jahre wenig unmittelbare Lösungsansätze. Dazu war ihr Theorierahmen zu begrenzt – genau so wie jener der Österreichischen Schule. Insgesamt zeichnen die beiden Bände ein Bild ganz unterschiedlicher ökonomischer und politischer Perspektiven der Arbeiterbewegung auf die wirtschaftlichen Probleme der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Auch diese Tatsache hat sicherlich dazu beigetragen, dass ihre wissenschaftlichen Vertreter nicht als einheitliche Schule wahrgenommen wurden und werden.

Hans Ulrich Eßlinger